

Die Bundesratswahlen von 1959

Autor(en): **Schmid-Ammann, P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **38 (1959)**

Heft 12

PDF erstellt am: **10.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337136>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mit dieser Nummer verabschiedet sich Paul Schmid-Ammann als Mitredaktor der «Roten Revue». Seine große anderweitige Arbeitsbelastung hat ihn bewogen, von der Redaktion zurückzutreten. Obwohl wir die Gründe, die Paul Schmid-Ammann zu diesem Schritt veranlaßten, verstehen und respektieren, bedauern wir seinen Rücktritt außerordentlich. Paul Schmid-Ammann war während sieben Jahren für die Redaktion der «Roten Revue» mitverantwortlich. Für seine unermüdliche und hingebungsvolle Tätigkeit, ganz besonders aber für die immer kameradschaftliche Zusammenarbeit, die wir in Zukunft sehr missen werden, möchten wir ihm an dieser Stelle herzlich und aufrichtig danken, verbunden mit dem Wunsch, daß er der «Roten Revue» wenigstens als Mitarbeiter erhalten bleibe. Die Redaktion

P. SCHMID-AMMANN

Die Bundesratswahlen von 1959

Am 19. November haben die Bundesräte Philipp Etter und Hans Streuli aus Altersgründen ihren Rücktritt erklärt. Einen Tag später erfolgte die Bekanntgabe des Rücktrittes von Bundesrat Thomas Holenstein und am 24. November derjenige von Bundesrat Giuseppe Lepori. Herr Holenstein und Herr Lepori waren im Laufe des vergangenen Sommers ernstlich erkrankt und sahen sich auf den dringenden Rat ihrer Ärzte veranlaßt, die Bürde ihres Amtes niederzulegen. Mit diesen vier Rücktritten — ein seltenes Ereignis in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates — stellte sich erneut die Frage der *sozialdemokratischen Beteiligung an der Landesregierung*. Grundsätzlich hatte die SPS auf diese Frage schon im Jahre 1929 eine positive Antwort erteilt, als sie anläßlich der Ersatzwahl für den zurückgetretenen Zürcher Bundesrat Robert Haab den damaligen Nationalrat und Stadtpräsidenten Emil Klöti als Bundesratskandidaten aufstellte. Bei späteren Gelegenheiten schlug sie den Neuenburger Henri Perret und den St.-Galler Johannes Huber zu Bundesräten vor; der letztere wurde nochmals im Jahre 1940 als Kandidat portiert. Jedesmal aber scheiterten diese Versuche am Widerstand des vereinten Bürgerblockes, der in engstirniger Machtpolitik den Eintritt hervorragender Männer in die oberste Landesbehörde verweigerte, nur weil sie der Sozialdemokratischen Partei angehörten. Erst im

vierten Anlauf, im Jahre 1943, als sich eine innen- und außenpolitische Krise abgezeichnet hatte (Politik Pilet-Golaz) gelang es, in der Person des Zürcher Stadtpräsidenten Ernst Nobs den ersten Sozialdemokraten in die Landesregierung zu bringen. Ihm folgte im Jahre 1951 als zweiter Sozialdemokrat Bundesrat Max Weber. Nach dessen überraschendem Rücktritt im Jahre 1953, den wir hier nicht mehr näher zu erörtern brauchen, beschloß die SPS nur noch *mit zwei Vertretern in den Bundesrat zurückzukehren*. Die Erfahrungen mit dem «Einmannsystem» in der Landesregierung ermunterten nicht zur Wiederholung dieses Experimentes. So gab denn die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung anläßlich der Bundesratsersatzwahlen vom Jahre 1954 in einem Brief an die bürgerlichen Fraktionen eine Erklärung ab, in welcher es u. a. hieß:

«Der Eintritt von zwei Sozialdemokraten in den Bundesrat würde dazu beitragen, eine den tatsächlichen politischen Kräfteverhältnissen in unserem Lande entsprechende Zusammensetzung der obersten Landesbehörde zu sichern. In allen politischen Parteien hat sich, auch wenn nicht offen darüber gesprochen wird, die Erkenntnis längst durchgesetzt, daß unsere Landespolitik von der Mitverantwortung aller maßgebenden Parteien getragen werden sollte. Die Zusammensetzung des Bundesrates aus zwei Vertretern der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, zwei Vertretern der Schweizerischen Konservativ-christlichsozialen Volkspartei, zwei Vertretern der Sozialdemokratischen Partei und einem Vertreter der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei der Schweiz würde allen diesen Anforderungen entsprechen . . .

Wir zweifeln nicht daran, daß Sie im Blick auf die Aufgaben, die sich gegenwärtig und zukünftig in der Eidgenossenschaft stellen und noch stellen werden, den Anspruch der stärksten Partei des Landes anerkennen. Die Erfüllung ihrer Forderung erleichtert es der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, ihre volle Mitverantwortung an der Gestaltung der Landespolitik und an der Lösung unserer gemeinsamen Aufgaben zu übernehmen.»

An dieser Sachlage hatte sich bis Ende 1959 nichts mehr geändert. Die Nationalratswahlen vom vergangenen Herbst ergaben keine ins Gewicht fallende Verschiebung der Parteistärken. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ist die größte Landespartei geblieben. Daß sie die Stimme der Arbeiterschaft vertritt, kann ernstlich nicht bestritten werden, und daß diese Stimme auch mitberatend und mitentscheidend in der Landesregierung vernommen werden muß, wird nur noch vom Rechtsfreisinn und den Kreisen der Hochfinanz und Industrie bestritten. Die *Konservativ-christlichsoziale Volkspartei der Schweiz* hatte schon anläßlich der Wahl von Bundesrat Lepori im Jahre 1954 erklärt, daß sie auf die Dauer keine Dreiervertretung

im Bundesrat begehre, und im Falle der Ausscheidung eines konservativen Bundesrates auf das dritte Mandat verzichten werde, sofern eine «besserberechtigte Gruppe» darauf Anspruch erhebe. Ebenso deutlich gaben die Konservativen aber zu verstehen, daß sie unter allen Umständen an der 1954 im Bundesrat erreichten *Parität mit den Freisinnigen* festhalten würden. Mit anderen Worten hieß das, daß die Konservativen bei Gelegenheit gemäß der berühmt gewordenen *Formel 2:2:2:1* grundsätzlich nichts mehr gegen den Einzug von zwei Sozialdemokraten in die Landesregierung einzuwenden hätten.

Diese Gelegenheit ergab sich nun mit dem Rücktritt der vier Bundesräte Etter, Streuli, Holenstein und Lepori. Als erste Partei meldete die *Sozialdemokratische Partei der Schweiz* ihren grundsätzlichen Anspruch auf eine *Zweiervertretung* im Bundesrat an, und Geschäftsleitung und Parteivorstand empfahlen der Fraktion, als Kandidaten für den Zürcher Sitz Ständerat Dr. *Willy Spühler* und für das dritte von den Konservativen freigegebene Mandat Nationalrat *Walther Bringolf* in Vorschlag zu bringen. Über die sachliche Qualifikation beider Kandidaten brauchen wir hier kein weiteres Wort mehr zu verlieren.

Die *Konservativ-christlichsoziale Volkspartei der Schweiz* und ihre Fraktion, auf deren Haltung es entscheidend ankam, ließ in ihren Beschlüssen erkennen, daß sie nach wie vor am Vertretungsverhältnis 2:2:2:1 festhalte; sie gab das auch dadurch kund, daß sie für ihre drei zurücktretenden Bundesratsmitglieder nur zwei Kandidaten als Nachfolger vorschlug, nämlich ihren Parteipräsidenten und Freiburger Ständerat *Dr. Jean Bourgknecht* und den Obwaldner Ständerat *Ludwig von Moos*, beides Männer aus den katholischen Stammlanden und dem rechten Flügel der Konservativen Partei zugehörend.

Die *Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz* widersetzte sich mit politisch nicht überzeugenden Gründen einer sozialdemokratischen Zweiervertretung im Bundesrat. Allerhöchstens wäre sie bereit gewesen, den Sozialdemokraten einen einzigen Sitz zu überlassen; für den anderen Sitz suchte sie krampfhaft nach einem sogenannten «überparteilichen» Kandidaten. Sie fand ihn in der Person des freisinnigen Aargauers Minister *Hans Schaffner* und wurde darin unterstützt durch die Kreise des Vorortes des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, den Liberal-Konservativen, dem Landesring der Unabhängigen und der gesamten Rechtspresse. Bis zum letzten Augenblick versuchte die radikal-demokratische Fraktion der Bundesversammlung eine Wahlallianz für Hans Schaffner zustande zu bringen. Aber das freisinnige Sprengmanöver mußte an der grundsätzlichen Entschlossenheit der Konservativen, die Bundesratsparität mit dem Freisinn nicht mehr aufzugeben, scheitern.

Die dritte Bundesratspartei, die *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*, war mehrheitlich und von ihrem rechtsorientierten Gewerbeflügel abgesehen, ebenfalls für eine Zweiervertretung der Sozialdemokraten im Bundesrat.

So schien die *grundsätzliche* Seite der Bundesratswahlen geklärt zu sein. Eine starke Unsicherheit wurde jedoch durch die *personelle* Frage ausgelöst. Die *Kandidatur Bringolf* stieß in der konservativen Fraktion auf überraschend starken Widerstand. Sie war einfach nicht genehm, aus Gründen, die einer ernsthaften Prüfung nicht standhalten konnten. Man warf Walther Bringolf seine kommunistischen Jugendsünden vor und erhob Einwendungen gegen sein Alter. Daß er sich aber in den langen Jahren der Nazi- und der Kriegszeit als mutiger und nie schwankender Kämpfer für die Demokratie, Freiheit und Menschlichkeit bewährt hat und heute trotz seinen 64 Jahren zu den initiativsten politischen Köpfen des Landes gehört, das konnte ihm selbst der böswilligste Gegner nicht bestreiten, so wenig daß er in hohem Maße die Qualifikation für die Aufgaben eines bundesrätlichen Amtes mitgebracht hätte. In Wirklichkeit war Walther Bringolf vielen nicht genehm, weil er ihnen zu profiliert und in seinem ganzen aktiven, dynamischen Wesen zu unbequem als Bundesrat erschien.

In zahlreichen interfraktionellen Besprechungen wurde der sozialdemokratischen Fraktion nahegelegt, die Kandidatur Bringolf auszuwechseln. Darauf konnte die Fraktion sich nicht einlassen. Sie hatte zwei Kandidaten in Vorschlag gebracht, die an Fähigkeiten in jeder Hinsicht den Vergleich mit den bürgerlichen Kandidaten bestanden. So ließ sie nach ihrer letzten Sitzung vor dem Wahltag die übrigen Fraktionen wissen, daß sie an ihren Vorschlägen festhalte, wohlwissend, daß damit vor allem für die angefochtene Kandidatur Bringolf ein beträchtliches Risiko eingegangen würde. Bundesratswahlen erfolgen in geheimer Abstimmung, und keine Fraktion hat es in der Hand, ihre offiziellen Kandidaten allein durchzubringen, weil sie auf die Unterstützung der anderen Fraktionen angewiesen ist. Überraschungen sind in solchen Wahlen stets möglich und in der Bundesratsgeschichte auch schon wiederholt eingetreten. Das mußte sich zweifellos auch Nationalrat Bringolf sagen, der in diesen spannungsgeladenen Tagen ein ungewöhnliches Maß an Nervenbelastung auszuhalten hatte. Was befürchtet werden mußte, trat denn auch ein. Die überlegene Taktik der konservativen Fraktion führte dazu, daß die letzte der vier Neuwahlen den durch den Rücktritt von Lepori freigewordenen Sitz betraf, für den die Sozialdemokraten die Kandidatur Bringolf vorschlugen. Das gab den Konservativen trotz ihrem Festhalten an der Formel 2:2:2:1 die Möglichkeit zur freien Entscheidung in der Kandidatenfrage im letzten Wahlgang; denn sie hatten inzwischen ihre eigenen zwei Kandidaten unter Dach gebracht, wobei sie überraschend, aber taktisch sehr klug die auch in ihren Reihen etwas umstrittene Nomination des Freiburger Ständerates Dr. Bourgknecht an erster Stelle zur Ersatzwahl für Bun-

desrat Etter vorschlugen und sie damit sicher durchs Ziel brachten. Bei der vierten Neuwahl konnten sie deshalb, ohne ihre Position mehr zu gefährden, das Gewicht ihrer Stimmen zugunsten des Basler Sozialdemokraten Ständerat Tschudi in die Waagschale werfen. Schon im ersten Wahlgang überflügelte denn auch Tschudi mit 73 Stimmen die offizielle Kandidatur Bringolf, auf die 66 Stimmen entfielen. An der Spitze aber dieses ersten Wahlganges stand die inoffizielle freisinnig-liberalkonservative Kandidatur Schaffner mit 84 Stimmen. Sofort wurde deutlich, daß die Kandidatur Bringolf keine Aussicht besaß durchzudringen, obschon Ständerat Tschudi loyal die Bundesversammlung ersuchte, die auf ihn entfallenen Stimmen im zweiten Wahlgang der offiziellen Kandidatur der sozialdemokratischen Fraktion abzugeben. Die beträchtliche Stimmenzahl für Schaffner mochte einen Teil der sozialdemokratischen Fraktion schockiert und sie veranlaßt haben, bereits im zweiten Wahlgang für Tschudi zu stimmen, so daß dieser mit 107 Stimmen führte, Schaffner nochmals auf 91 Stimmen aufholte und Bringolf auf 34 Stimmen zurückfiel. In dieser Situation *gab Walther Bringolf seine Verzichtserklärung ab*, um die Wahl eines zweiten Sozialdemokraten in den Bundesrat zu ermöglichen. Es war ein Entschluß von Achtung gebietender Selbstbeherrschung und männlicher Größe, für den ihm die Partei Dank schuldet. Er hatte damit den Weg freigelegt für die im dritten Wahlgang mit 129 Stimmen erfolgte *Wahl Ständerat Tschudis zum Bundesrat*. Die Kandidatur Schaffner mußte sich mit einem Achtungserfolg von 97 Stimmen begnügen.

So bedauerlich für die Partei und so schmerzlich für Walther Bringolf dieser persönliche Mißerfolg war, so darf und muß gesagt werden, daß mit Willy Spühler und Hans Peter Tschudi nicht nur zwei sachlich ausgezeichnet qualifizierte Persönlichkeiten, sondern auch zwei überzeugte Sozialdemokraten gewählt worden sind. Sie werden, dessen sind wir gewiß, auch in ihrem neuen Amte den Ideen und Zielen des demokratischen Sozialismus verpflichtet bleiben. Über das Persönliche hinaus aber darf man nicht das *Grundsätzliche* aus den Augen lassen, *den hochbedeutsamen politischen Wendepunkt*, der am 17. Dezember in der Geschichte unseres Bundesstaates eingetreten ist, und was sich in *zwei Ereignissen* manifestiert: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz als Vertreterin der schweizerischen Arbeiterschaft hat nun die seit Jahren angestrebte *gerechte Vertretung in der obersten Landesbehörde* erhalten. Sie nimmt als gleichberechtigter Partner an der Führung der Landesgeschicke teil. Und zum zweiten wurde die *Vorherrschaft des Freisinns im Bund endgültig gebrochen* und erlitten der Freisinn und mit ihm zusammen die Liberalkonservativen, das gesamte konservativ-protestantische Rechtsbürgertum, der Vorort des Handels- und Industrievereins und die von ihm ausgehaltene Presse, im trauten Verein mit dem Landesring der Unabhängigen, mit ihrer Kandidatur Schaffner eine *schwere Niederlage*, die um so kräftiger ins Gewicht fällt, als nach den Na-

tionalratswahlen des vergangenen Herbstes dieses Rechtsbürgertum über die zwei Mandatverluste der SPS höhnisch triumphierte, den Niedergang der schweizerischen Sozialdemokratie ankündete und im Gehaben eines unerträglichen politischen Hochmutes entschlossen war, den Sozialdemokraten überhaupt den Weg in den Bundesrat zu versperren.

Das ist gründlich vorbeigelungen, und man muß nur die belemmerten Kommentare der «Neuen Zürcher Zeitung» und der liberalkonservativen «Basler Nachrichten» gelesen haben mit ihren Vorwürfen, die sie über ihre bisherigen Partner, die Konservativ-christlichsoziale Volkspartei, ausschütteten, um zu erkennen, wie tief dieses konservativ-protestantische Rechtsbürgertum und mit ihm die Kreise der Hochfinanz und der Großindustrie in ihrem Selbstbewußtsein und in ihrer Selbstherrlichkeit getroffen worden sind. Tatsächlich ist am 17. Dezember 1959 in der eidgenössischen Politik eine *bedeut-same Zäsur* erfolgt. Nicht eine «magische Zauberformel», die manche freisinnigen Politiker und Presseleute wie ein Nachtgespenst erschreckte, hat die Mehrheit der Bundesversammlung betört, sondern gesiegt hat der Gedanke der *gerechten Vertretung* der größten Landespartei im Bundesrat, der Gedanke der gemeinsamen Mitverantwortung aller großen Gruppen unseres Volkes an der Führung des Bundesstaates. *Gleichberechtigt* steht heute die SPS in der Eidgenossenschaft neben den andern Parteien und spricht bei der Lösung der kommenden Aufgaben und bei der Organisation der inneren Verwaltung ihr gewichtiges Wort mit. Das darf sie mit Zuversicht und Hoffnung erfüllen.

EMIL KLÖTI

Zur Bekämpfung der Bodenspekulation — Warnung vor Illusionen

Das starke Anwachsen der Bodenpreise, vor allem in unseren Städten und ihrer Umgebung, gibt zu ernststen Sorgen Anlaß. Werden doch dadurch, gleich wie durch die steigenden Baukosten, die Anlagekosten der Miethäuser erhöht, was zum weiteren Steigen der Mietzinse der neuen Wohnungen beiträgt. Nach Aufhebung der Mietzinskontrolle passen sich die Mietzinse der Altwohnungen den Erstellungskosten neuer Wohnungen an. Die weiteren Folgen sind Lohn- und Preiserhöhungen, die bei rückgängiger Konjunktur die Konkurrenzfähigkeit unserer Exportindustrie schwächen.

Im Wunsche, daß dieser unerfreulichen Entwicklung möglichst Einhalt geboten werde, ist man einig. Dagegen herrscht hinsichtlich der Mittel, deren man sich zu diesem Zwecke bedienen solle, ein großer Wirrwarr. Während